

# BEBAUUNGSPLAN U. GRÜNORDNUNGSPLAN

Satzung ( gem. § 10 BauGB i. d. Fassung bis zum  
31.12.1997 i.V.m. § 4 GemO )



## ERSATZFLÄCHEN FÜR DEN KLEINGÄRTNERVEREIN e.V. MANNHEIM - RHEINAU

MASSTAB 1:1000

NR. 86 / 6

### VERFAHRENSVERMERKE

Aufstellungsbeschiuß ( § 2 Abs.1 BauGB )	am 25.06.1996
Öffentliche Bekanntmachung	am 24.10.1997
Bürgerbeteiligung ( § 3 Abs.1 BauGB )	
Planauslegung	vom 03.11. bis 17.11.1997
Bürgerversammlung	am -
Anhörung der Träger öffentlicher Belange ( § 4 Abs.1 BauGB )	vom 04.11. bis 01.12.1997
Auslegungsbeschiuß ( § 3 Abs. 2 BauGB )	am 16.06.1998
Plan + Begründung ( Stand )	
Öffentliche Bekanntmachung	am 03.07.1998
Planauslegung	vom 13.07. bis 14.08.1998

Mannheim, den . . .199

STADTPLANUNGSAMT

### ~~VERMERK DES REGIERUNGSPRÄSIDIUMS~~

~~Der Bebauungsplan wurde dem Regierungspräsidium mit Bezug auf § 233 Abs. 1 BauGB  
(Neufassung zum 01.01.1998) gemäß § 17 BauGB alter Fassung angezeigt.  
Eine Verletzung von Rechtsvorschriften wird nicht geltend gemacht.~~

~~Karlsruhe, den . . .199~~

Der Wortlaut und die zeichnerische Darstellung dieser Satzung ( Stand 01.09.1998 )  
wurde unter Beachtung der gesetzlichen Verfahrensbestimmungen am  
24.11.1998 vom Gemeinderat beschlossen.

Mannheim, den . . .199

Mannheim, den . . .199

OBERBÜRGERMEISTER

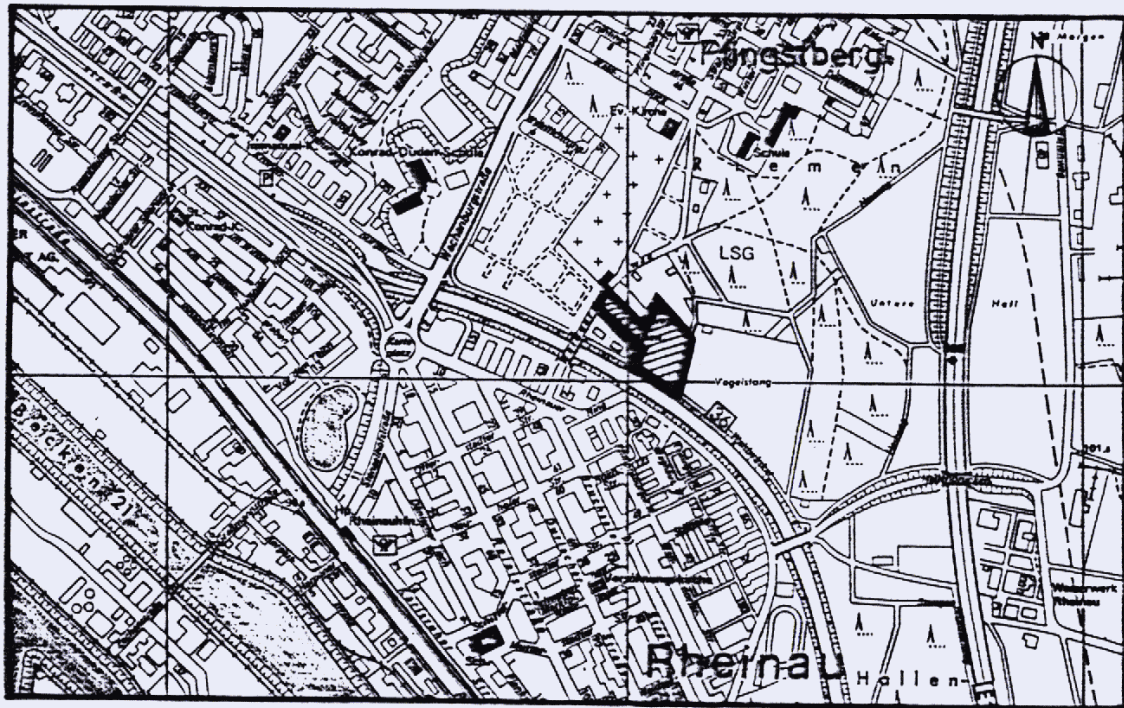
BÜRGERMEISTER

Der Bebauungsplan ist mit der öffentlichen Bekanntmachung gemäß § 10 BauGB ~~alter~~  
~~Fassung~~ mit Bezug auf § 233 Abs. 1 BauGB (Neufassung) am 08.01.1999  
rechtsverbindlich geworden.

Mannheim, den . . .199






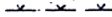


BAUVERWALTUNGSAMT

### ÜBERSICHTSPLAN




**I. PLANZEICHENERKLÄRUNG**

(§ 9 Abs. 1, 4 und 7 BauGB)




	Straßenbegrenzungslinie
	Private Grünfläche
	Dauerkleingärten
St	Stellplätze
	Bäume zu erhalten
	Bäume zu pflanzen
	Einfriedigung (z.B. Maschendraht)
	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches
	Lärmschutzzaun

**II. ZEICHNERISCHE NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME**

(§ 9 Abs. 6 BauGB)

	unterirdische Hauptversorgungsleitung (Wasser, NW 800)
--	--

**III. ZEICHNERISCHE HINWEISE**

	Vorhandene Grundstücksgrenzen
	Aufzuhebende Grundstücksgrenzen
	Vorgeschlagene Grundstücksgrenze

**IV. SCHRIFTLICHE FESTSETZUNGEN****1. PRIVATE GRÜNFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)**

1.1 Auf jeder der zukünftigen Kleingartenparzellen ist die Errichtung eines Gartenhauses bis zu 21 m<sup>2</sup> überbauter Fläche einschließlich eines Vordaches oder einer überdachten Terrasse zulässig.

**2. STELLPLÄTZE (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)**

2.1 Wege, Plätze, Stellplätze und Zufahrten sind mit wasserdurchlässigen Materialien wie Rasengittersteine, Verbundpflaster mit breiten Fugen, Schotterterrassen etc. anzulegen.

**3. BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN NACH § 74 LBO u. § 9 Abs. 4 BauGB**

3.1 Einfriedigungen (§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO)  
Einfriedigungen (2,00 m Höhe) sind nach Fertigstellung mit Klettergehölzen als Sichtschutz zu bepflanzen.

**V. SCHRIFTLICHE HINWEISE**

1. Die mit PR gekennzeichneten Dauerkleingartenflächen sind Dauerkleingartengelände im Sinne des Bundeskleingartengesetzes.
2. Wasser- u. Abfalltechnik
  - 2.1 Die Errichtung von Abwassergruben ist nicht gestattet.
  - 2.2 Sollten Brunnenanlagen errichtet werden, so sind handbetriebene Brunnen dem Amt für Baurecht und Umweltschutz anzuzeigen, motorbetriebene Brunnen bedürfen einer wasserrechtlichen Erlaubnis.
  - 2.3 Sollten auf dem Gelände oder in unmittelbarer Nähe Grundwassermeßstellen oder Brunnenanlagen vorhanden sein, so ist dies dem Amt für Baurecht und Umweltschutz (Wasser- und Abfalltechnik) umgehend mitzuteilen, um die Vorgehensweise abzuklären.